

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
I/40 MCA

Verantwortliche/r:
Frau Mahns

Vorlagennummer:
40/113/2011

Konzept Übergangsmanagement; Antrag zum Haushalt 2012 - Fraktionsantrag der SPD Nr. 168/2011 vom 29.11.2011

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	12.01.2012	Ö	Beschluss	angenommen mit Änderungen

Beteiligte Dienststellen
JAZ e.V., GGFA

I. Antrag

1. Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, organisatorische und personelle Voraussetzungen zu schaffen, um mit den Erlanger Mittelschulen und den Akteuren im Übergangsmanagement eine Bestandsaufnahme und eine bedarfsgerechte Angebotsstruktur zu erarbeiten.
3. Der Antrag ist damit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Aufgabe eines regionalen bzw. kommunalen Übergangsmanagement ist es, die Akteure und die Angebote vor Ort zu erfassen, zu ordnen und zu vernetzen, mit dem Ziel den Jugendlichen orientiert an ihren individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten eine duale Ausbildung oder eine höher qualifizierte Schule ohne Umwege oder Warteschleifen zu ermöglichen. Mit dem Konzept eines vernetzten Übergangsmanagements werden Parallelstrukturen und „Doppelangebote“ vermieden, so dass ein bedarfsgerechtes kommunales Unterstützungsangebot für die Jugendlichen entsteht.

Zu den Aufgaben und Funktionen dieses Regionalen Übergangsmanagements zählen die Ermittlung des regionalen Handlungsbedarfs (Bildungsmonitoring), Abstimmung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der Akteure sowie Koordinierung und Systematisierung der Aktivitäten, Angebote, Strukturen und Prozesse und die Einbindung kommunalpolitischer Mandatsträger und Institutionen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Um dieses bedarfsgerechte Unterstützungsangebot für die Jugendlichen im Übergang von der Schule in den Beruf zu schaffen, bedarf es zunächst auf kommunaler Ebene der Einrichtung einer auf Dauer angelegten kommunalen Koordinierungsstelle. Die Stelle sollte im Bereich des Oberbürgermeisters angesiedelt sein.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Das kommunale Übergangssystem sollte sich zunächst auf den Übergang von der Mittelschule beschränken. Mit den Schulleitungen, den Elternvertretern, Schülervertretern und dem Staatlichen Schulamt sind bedarfsgerechte Konzepte für jede Mittelschule zu entwickeln. Dabei sind bereits bestehende Strukturen bzw. Akteure z.B. die Bundesagentur für Arbeit, JAZ e.V., gfi, Jugendsozialarbeit, die begleiter, internationaler Bund, W.i.l.d. einzubeziehen, um ein Gesamtkonzept zu erarbeiten. Die Wirtschaft und die Kammern sind entsprechend zu betei-

gen.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
 sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
 sind nicht vorhanden

Anlagen: Förderinitiative des BMBF „Regionales Übergangsmanagement“
Fraktionsantrag der SPD Nr. 168/2011 vom 29.11.2011

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Schulausschuss am 12.01.2012

Protokollvermerk:

Frau Stadträtin Pfister erklärt, dass der Fraktionsantrag Nr. 168/2011 vom 29.11.2011 noch nicht abschließend bearbeitet wurde. Von der Vorlage wurden bislang nur die Mittelschulen erfasst. Übergänge ergeben sich aber auch bei anderen Schultypen (FOS, Wirtschaftsschule, Realschule) und bei Jugendlichen, die keiner Schulpflicht mehr unterliegen. Darüber hinaus wurde der Gesichtspunkt der Evaluation der Maßnahmen nicht in der Vorlage beleuchtet.

Außerdem sollte das Thema auch im Jugendhilfeausschuss behandelt werden.

Frau Vorsitzende Aßmus bestätigt, dass es sich beim Übergangsmanagement um ein wichtiges Thema handelt und bittet aufgrund der Komplexität um etwas Geduld. Sie teilt mit, dass die Einrichtung eines Bildungsbüros bei Amt 13 geplant ist. Die Mitglieder des Schulausschusses werden zu gegebener Zeit über den Fortgang der Angelegenheit informiert.

Die Leiterin des Staatlichen Schulamtes Frau Nonhoff bittet darum, dass die Mittelschulen ihr Übergangsmanagement in einem Schulausschuss vorstellen dürfen.

Die Vorsitzende Frau Aßmus sagt dies zu.

Der Schulausschuss beschließt nur die Ziffern 1 und 2 des Antragstextes, da eine weitere Bearbeitung im Schulausschuss erfolgen soll.

Beschluss:

1. Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, organisatorische und personelle Voraussetzungen zu schaffen, um mit den Erlanger Mittelschulen und den Akteuren im Übergangsmanagement eine Bestandsaufnahme und eine bedarfsgerechte Angebotsstruktur zu erarbeiten.

mit 12 gegen 0 Stimmen

gez. Aßmus
Vorsitzende

gez. Bayer
Berichterstatterin

- IV. Beschlusskontrolle
- V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- VI. Zum Vorgang